

Skandal in Peru: Armutsfalle Tourismus - Ausverkauf eines Landes

Zwei Projekte zerstören die Lebensgrundlage für Bauern und Fischer

Von Claudia Pape

"Auf den Spuren vergangener Kulturen" in Ruinenstädten in 3000 m Höhe, "Rafting auf wilden Flüssen" sowie Erholung an nahezu "unberührten Sandstränden" mit milden Wassertemperaturen in tropischem Klima – so oder ähnlich könnten bald Slogans auf der ganzen Welt für Tourismus der Extraklasse im Norden Perus werben: an der Küste in Playa Hermosa, nahe Tumbes, und in den Anden in Kuelap, nahe Chachapoyas.

Nach der Privatisierung von Minen, Häfen, Flughafen, Wasser und Strom gehören touristisch attraktive Landschaften und Kulturstätten der Inka und ihrer Vorgängerkulturen zu den noch nicht veräußerten Besitztümern des peruanischen Volkes. Nutznießer dieser Privatisierungen sind ausländische Interessenten, die weitgehend von Steuerabgaben befreit werden. Als nächstes Privatisierungsziel plant der peruanische Staat die touristische Vermarktung von ganzen Regionen mit exklusiven Nutzungsrechten für ausländische Konzerne. Dies bedeutet die Enteignung und Vernichtung der Lebensgrundlage für rund 10.000 Bauern und Fischer. Obwohl derartige Enteignungen der peruanischen Verfassung widersprechen, treibt die Regierung die Privatisierungen juristisch Schritt für Schritt hinter dem Rücken der betroffenen Bevölkerung voran.

Playa Hermosa bei Tumbes, ein bisher fast unberührter Sandstrand nahe der Grenze zu Ecuador, wurde per Gesetz auf neun Kilometern Länge und bis zu einem Kilometer ins Meer hinein zur "unberührbaren Zone" erklärt. Das heißt, die alleinige Verfügungsgewalt erhält der Staat. Gleiches gilt für über 1000 Hektar Grundbesitz von anliegenden Reis- und Bananenbauern, die gezwungen werden, ihren Besitz für einen Bruchteil ihres wirklichen Wertes an den Staat zu verkaufen. Die Regierung plant, die alleinige Verfügungsgewalt für 50 bis 60 Jahre an ausländische Interessenten zu übertragen, die dort Hotelanlagen und luxuriöse Freizeiteinrichtungen mit Golf- und Tennisplätzen für einen Tourismus der Extraklasse bauen sollen.

Weigern sich die Bauern, ihre Felder für den von der Regierung vorgesehenen Preis zu verkaufen, droht ihnen die entschädigungslose Enteignung, obwohl jeder von ihnen eine Eigentumsurkunde besitzt. Laut Artikel 132 der Verfassung ist der private Grundbesitz der Bauern geschützt. Die vorgesehene Entschädigung wird in den meisten Fällen höchstens die Schulden abdecken, die die Bauern als Folge der Überschwemmungen von 1997 (El Niño) auf sich nehmen mussten.

Durch die Privatisierung würde den Fischern der Zugang zum Meer verwehrt. Nicht nur der Fischfang, sondern auch die Aufzucht von Langusten würde unmöglich gemacht. Die Lebensgrundlage der Menschen zahlreicher Fischerdörfer wäre zerstört, die Familien stünden vor dem Nichts. "Sie behaupten, wir würden alle vom Tourismus profitieren. Aber wie soll das gehen? Niemand hier spricht Englisch, wir haben doch nichts anderes gelernt, als unsere Felder zu bestellen", sagt Señor Garcia und deutet auf seine grünen Reisfelder. "Wovon sollen meine Kinder leben, wenn sie uns das Land nehmen?"

Kolonialisierung durch Privatisierung?

Die Gesetze für diese Privatisierungen sind bereits in Kraft. Jetzt fehlt nur noch die Unterschrift eines ausländischen Interessenten. Wer von den Betroffenen bleiben will, muss eine Konzession (Nutzungserlaubnis) von diesem ausländischen Unternehmen erwerben, das allein Preis und Nutzungsbedingungen festsetzt. Kolonialisierung durch Privatisierung?

Vor der Verabschiedung des Privatisierungsgesetzes für Playa Hermosa wurden weder die betroffenen Bauern informiert, noch Vertreter der Bauernverbände zur Beratung hinzugezogen. Beschwerden und Forderungen, das Gesetz zu annullieren, blieben ungehört. Nun versuchen die Vertreter der Bauernverbände, das Gesetz per Gerichtsverfahren anzufechten. Der Prozess in erster Instanz blieb ohne Erfolg. Ob das Verfahren auf zweiter und letzter Ebene erfolversprechender sein wird, ist zu bezweifeln. "Wir wehren uns nicht gegen eine Entwicklung des Tourismus in Peru, ganz im Gegenteil. Wir verlangen aber, dass der Tourismus zur Verbesserung unserer Lebensqualität dient oder der Staat uns zumindest einen anständigen Preis für unsere Felder bezahlt. Nur so haben wir überhaupt eine Chance für einen Neubeginn." meint Rositte Rosales Medina,

Vorsitzender des Komitees der Reisbauern der Region. Vielleicht aber geschieht ein Wunder oder ein Wechsel der internationalen Politik, durch den die Regierung in Lima zum Umdenken gebracht wird.

Ähnlich sind die Pläne der Regierung für einen der archäologisch bedeutendsten Ruinenkomplexe Perus aus der Vor-Inkazeit: Kuelap in der Provinz Amazonas. Hier auf 3.000 m Höhe lebten die Chachapoya vom 10. Jahrhundert bis zur Eroberung durch die Inka im 15. Jahrhundert. Diese mussten allerdings schon nach 70 Jahren die Herrschaft über die Stadt den spanischen Eroberern überlassen. Die rechtmäßigen Nachkommen, 20 Familien im Dorf Kuelap unterhalb der Ruinenstadt sowie in weiteren Dörfern der Region, fürchten nun die dritte "Kolonialisierung" ihres Volkes - diesmal durch ausländische Tourismuskonzerne. Bisher haben die Dorfbewohner selbst für den Erhalt der Ruinenstadt gesorgt, motiviert durch die Achtung vor ihren Vorfahren. Mit Hilfe der Regierung sollen nun sowohl die Ruinen als auch kleinere Ruinenfunde in der Umgebung für den Tourismus erschlossen werden.

Dass die Regierung auch hier von "unberührbaren Zonen" und von Umsiedlung der Bevölkerung spricht, lässt trotz der Öffentlichkeitskampagnen, die die Regierung durchführt, nichts Gutes erahnen. In einem Dekret vom Dezember 2001, unterzeichnet vom amtierenden Präsidenten Toledo und seinem Kabinett, werden Playa Hermosa und Kuelap in einem Atemzug als Standorte für das private Tourismusgeschäft deklariert. Das gesamte Dorf Kuelap soll angeblich zur "unberührbaren Zone" erklärt werden. Was dies für den Bau von Hotels oder die Nutzung der Felder der Dorfbewohner bedeutet und welche Flächen genau betroffen sind, ist überraschenderweise "streng vertraulich". Juanita Rubio, deren Familie seit Generationen in Kuelap und wie fast alle hier von der Landwirtschaft für den Eigenbedarf sowie dem gelegentlichen Verkauf von Kartoffeln lebt, formuliert die Sorgen der Dorfgemeinschaft so: "Jedes Mal bekommen wir andere Informationen: Privatisierung ja, Privatisierung nein, müssen wir unsere Felder aufgeben oder nicht? Mit Gesetzen kennt sich hier niemand aus. Wie sollen wir kämpfen, wenn wir nicht einmal wissen wogegen? Wir verlangen Aufklärung, um zu wissen, wovon wir in Zukunft leben sollen."

Strom nur für Touristen

Dass die Planungen konkreter sind, als die Regierung zugibt, ist offensichtlich: Ein Museum für paläontologische Funde ist geplant, die Straße zur Ruinenstadt wird bereits ausgebaut und noch in diesem Jahr sollen Stromleitungen und Kanalisation bis zu den Ruinen verlegt werden. "Die Ruinen werden wir nachts beleuchten, um sie für den Tourismus attraktiver zu machen", kommentiert stolz Cabanas López von der regionalen Regierung in Chachapoyas die Pläne zur Tourismusentwicklung der Region. Die Stromversorgung des Dorfes Kuelap, das nur 200 Meter vom Ruinenkomplex entfernt liegt, ist für die Zukunft noch nicht einmal mit eingeplant. Bereits um 18 Uhr versinkt das Dorf in Dunkelheit. Kochen und Schulaufgaben werden bei Kerzenlicht erledigt, bald vielleicht im Schein der hell erstrahlten Ruinen – neokolonialistische Impressionen zu Zeiten Toledos, dem selbsternannten Nachfahren der Inka.

Quelle: Informationsdienst Dritte Welt-Tourismus Nr. 31, Juni 2003

⇒ **In Peru löste die spanische Fassung des Textes "Skandal in Peru - Armutsfalle Tourismus" eine heftige öffentliche Diskussion aus. Die Regierung machte daraufhin vorerst einen Rückzieher.**